

Olten - mit Selbstvertrauen in die Zukunft : Regierungsrichtlinien des Stadtrates von Olten 1993-1997 - ein Zwischenhalt

Autor(en): **Schumacher, Philipp**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Oltner Neujahrsblätter**

Band (Jahr): **54 (1996)**

PDF erstellt am: **20.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-659125>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

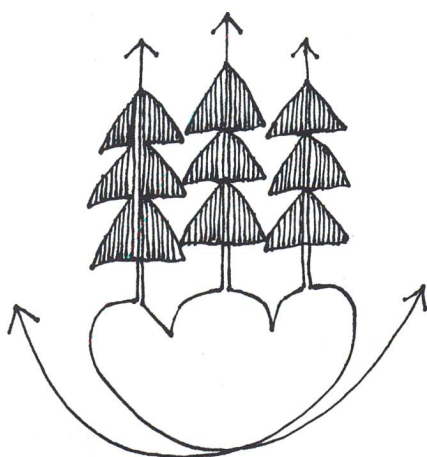
Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Olten – mit Selbstvertrauen in die Zukunft

Regierungsrichtlinien des Stadtrates von Olten 1993–1997 – ein Zwischenhalt

Die Gemeindeordnung der Stadt Olten macht es jedem neu gewählten oder bestätigten Stadtrat zur Pflicht, für die vor ihm liegende Amtsperiode, diesmal für 1993–1997, Regierungsrichtlinien aufzustellen. Nicht ein Regierungsprogramm, wie dies in parlamentarischen Demokratien Europas als mehr oder weniger verbindliche Aussage einer Regierungskoalition ihrem Parlament vorzulegen ist, sondern vielmehr Richtlinien, die im Sinne einer direkten Demokratie beweglicher und auch unverbindlicher sind.



Jede Führungsmannschaft, sei es bei der Lenkung eines Flugzeuges, sei es bei einer Expedition in die Berge, sei es aber auch bei der Errichtung eines grossen technischen Werkes, muss sich auf der einen Seite Zielsetzungen erarbeiten, diese verifizieren und nachher die Lösungsansätze überlegen und in Varianten aufstellen. Bei jeder Zielsetzung ist es nämlich sehr wohl möglich, auf verschiedenen Wegen an das gesteckte Ziel heranzukommen und dieses mit möglichst geringem Aufwand im Interesse der Allgemeinheit zu erreichen.

In diesem Sinne hat der neue Stadtrat im Herbst 1993 und im Frühjahr 1994 als neu eingesetztes Gremium seine Richtlinien erarbeitet. Es war dies eine umfangreiche und von klarer Willensbildung geprägte Richtungsgebung in die nächsten 3½ Jahre hinein. Für diese neue Amtsperiode gestaltete sich die vorrangige Zielsetzung aus übergeordneter und ganzheitlicher Sicht recht schwierig. Waren bei der Ausarbeitung der Richtlinien im Jahre 1989 noch optimistische Prognosen verantwortungsvoll möglich, so haben die letzten vier Jahre unserer Stadt verschiedene Ereignisse gebracht, die den Blick in die Zukunft nicht unwesentlich beeinträchtigen:

Die über ganz Westeuropa hereingebrochene starke Rezession hat eine grössere Zahl von Mitbürgerinnen und Mitbürgern arbeitslos werden lassen. Die Drogenproblematik ist auch in unserer Stadt deutlich sichtbar geworden und hat in der Bevölkerung zu starken Verunsicherungen geführt. Schwerwiegend für das Ansehen und Selbstvertrauen war in unserer Stadt der Zusammenbruch der EKO-Bank als Institut der Bürgergemeinde und die damit entstandenen Belastungen der Schwestergemeinde vor allem aber auch der Einwohnergemeinde durch stark erhöhte Verpflichtungen im Bereich Stadttheater und Konzertsaal sowie weitere mögliche Verpflichtungen wie die Verlegung der Schiessanlage im Kleinholz. Diesen Negativfolgen gilt es entgegenzutreten, weshalb es für unsere Stadt wichtigstes Ziel ist – und dies für Behörden, Einwohnerinnen und Einwohner –, dass Olten als selbständige, lebens- und handlungsfähige Stadt erhalten bleibt. Der sich schleichend bemerkbar machenden Resignation auf verschiedensten Gebieten

soll durch eine Identifikation von Behörden und Bevölkerung mit ihrer Stadt begegnet werden. Deshalb hat der Stadtrat als oberste Zielsetzung folgendes Motto aufgestellt: «In Olten mit Selbstvertrauen in die Zukunft».



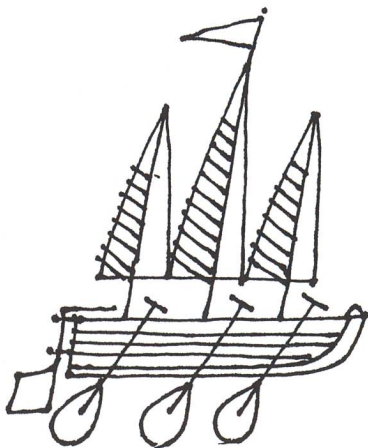
Selbstverständlich ist diese Hauptzielsetzung weit gefasst und muss konkretisiert werden. Sie enthält in dieser allgemeinen Form wohl nicht sehr viel politischen Zündstoff. In der Auseinandersetzung darüber, worin das Selbstvertrauen zu bestehen hat, dürften sich im einzelnen aber recht verschiedene Auslegungen ergeben. Eine Identifikation mit einer Stadt setzt nämlich voraus, dass man sich dieser Stadt zugehörig fühlt und nicht nur aus irgendeinem Grunde für kurze Zeit hier Wohnsitz nimmt. Vielmehr muss durch Beteiligung am Tagesgeschehen eine Verbindung mit seiner Stadt gefunden werden.

Zu der eigentlichen Stadtentwicklung hat der Stadtrat einzelne Leitgedanken geschaffen:

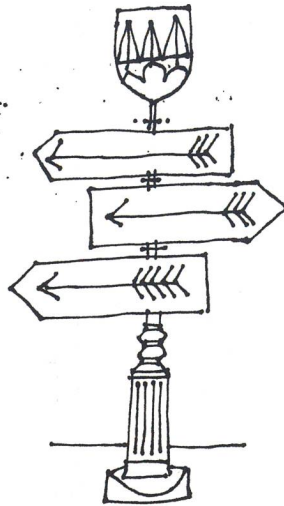
– Die Stadt Olten ist klar mehr als eine Summe von Projekten und mehr als eine Verwaltung, die konkrete Pro-

bleme löst. Sie ist die Gemeinschaft aller in ihr wohnenden und arbeitenden Menschen.

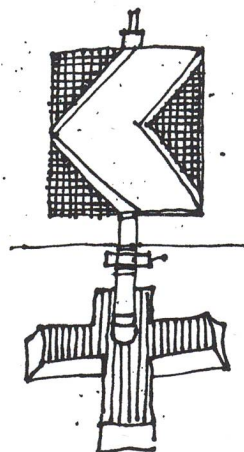
- Olten hat die individuelle Leistung jedes einzelnen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet nötig. Individualismus darf aber nicht mit egoistischen Einzelinteressen gleichgesetzt werden. Die Zusammenfügung der Einzelinteressen führt keineswegs zu einem für alle spürbaren Gemeinwohl.
- Insgesamt geht es trotz aller wirtschaftlicher Schwierigkeiten und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit noch gut. Unsere Umwelt ist verhältnismässig intakt. Die Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner fühlt sich trotz Vorbehalten in Olten wohl. Verglichen mit vielen Menschen sind wir in Olten privilegiert. Dies obwohl es Mitbürgerinnen und Mitbürger gibt, die von starken Existenznöten bedrängt sind. Unsere Stadtgemeinschaft ist zu Solidarität verpflichtet. Wir müssen den Schwachen gegenüber soziale Verantwortung wahrnehmen.



- Die Stadt Olten ist in eine allgemeine Entwicklung welt- und europaweit, in der Schweiz und im Kanton integriert. Zurzeit findet überall auf wirtschaftlichem, technologischem, gesellschaftlichem und politischem Gebiet ein Umbruch statt. Olten muss sich diesen Entwicklungen stellen und die notwendigen Änderungen in die Wege leiten. Der Umbruch birgt wohl Risiken und Gefahren in sich, bedeutet auf vielen Gebieten aber auch neue Chancen.



Wir brauchen eine wirtschaftlich starke Stadt, welche ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern eine langfristige materielle Sicherheit gewährleisten kann und Voraussetzung ist für die öffentliche Wohlfahrt auf allen Gebieten. Es lässt sich aber nicht verschweigen, dass nach wie vor mit härteren Zeiten gerechnet werden muss.



In diesem Sinne sind Visionen und strategisches Denken gefragt. Die Weichen sind neu zu stellen. Alle sind aufgerufen, ihre guten Ideen einzubringen. Machermentalität soll dabei nicht vorherrschen, denn Stadtprobleme können nicht von heute auf morgen gelöst werden, weil sie fachlich schwierig und politisch sehr heikel zu bearbeiten sind.

Umbruch verursacht Wandel und Anpassung, wobei auch die Öffentlichkeit ihre Strukturen überprüfen und anpassen muss. Daraus können da und dort Verunsicherungen oder Identifikationsprobleme entstehen. Dennoch

müssen liebgewonnene Institutionen weiter entwickelt werden, verschiedene Aufgaben in den Bereichen Bildung, Kultur, Sozialwesen, Verkehr, Wirtschaftsförderung, Entsorgung usw. sind noch vermehrt regional anzugehen. Die zentralörtlichen Leistungen Olten sind auf Zentrumsnutzen und -lasten abzuwägen und entsprechende Ausgleichsregelungen zu suchen.

Entwickeln bedeutet nicht zuletzt auch lernen. Dabei ist zu lernen, mit neuen Anforderungen umzugehen und neue Wege zu beschreiten. Stadtentwicklung heisst demnach, dass eine ganze Stadt lernen muss. Die prospektive Entwicklung unserer Stadt bedeutet eine lernfähige Politkultur, Visionen und neue Ideen, der Glaube an die Zukunft, Fleiss und Beharrlichkeit, gegenseitige Achtung, Solidarität und Bescheidenheit sind Qualitätsmerkmale einer solchen Politik.

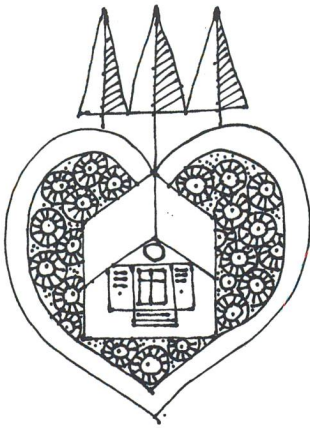
Mit diesen Leitgedanken lässt sich das Selbstvertrauen in die Zukunft entwickeln, wobei konkret auf die Hauptaufgaben und Lösungsansätze einzugehen ist. Der Stadtrat hat in der Folge 17 Hauptaufgabepunkte mit entsprechenden Lösungsansätzen zusammengestellt. Es sind dies: die Bevölkerungsentwicklung, das Wohnen, die Gesundheit und die Umwelt, das Älterwerden, die Bildung, das Jungsein, die Kultur, die Freizeit und der Sport, die Versorgung und die Entsorgung, die Wirtschaft, Mensch und Arbeit, der Verkehr, die Stadtverwaltung als Dienstleistungsbetrieb, die Sicherheit, die Finanzen, die Region Olten, Olten als Treffpunkt im einzelnen dargestellt.

Im Rahmen dieses Beitrages lassen sich keineswegs alle als Hauptaufgaben dargestellten Punkte erläutern. Es wird auf zwei einzelne Schwerpunkte verwiesen:

Im Vorspann sind jeweils die eigentlichen Hauptaufgaben zu einem Problem dargestellt und in der Folge die möglichen Lösungsansätze aufgeführt. Diese können, wie es in der Natur der Sache liegt, zum Teil widersprüchlich sein, weil im Rahmen einer Referendumsdemokratie der Stadtrat sich

nicht nur auf einen Lösungsansatz festlegen kann, sondern die Möglichkeit von Varianten darstellen muss.

Beim *Wohnen in unserer Stadt* ist dargelegt, dass sich Olten durch ausge dehnte und intakte Wohnquartiere mit hohem Wohnwert auszeichnet. Viele individuell gestaltete und ge-



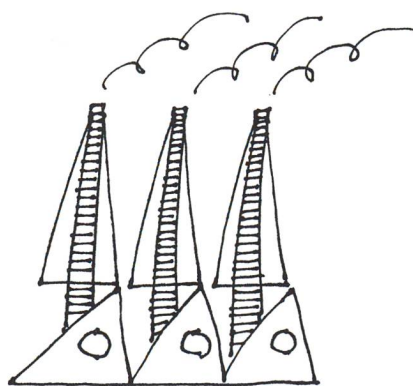
pflegte Privatgärten ermöglichen ein attraktives Wohnen. Von jedem Punkt in unserer Stadt sind die Naherholungsgebiete und das Stadtzentrum innert weniger Gehminuten erreichbar. Nachteilig wirken sich die Verkehrsbelastungen in den Wohnquartieren durch Schleichverkehr, Fremd-parkieren usw. aus. Zum Teil, aber nicht mehr so ausgeprägt wie früher wird Wohnraum durch Büros und andere Dienstleistungen verdrängt, weil Boden- und Liegenschaftenpreise in Wohnquartieren billiger sind als in der Innenstadt.

Der Stadtrat hat in diesen Fällen folgende Lösungsansätze gesehen:

- Erhaltung und Verbesserung der Wohnqualität durch geeigneten Wohnschutz in Wohnquartieren und in der Innenstadt ohne allzu starre Instrumentarien
- Weiterführung der bewährten Praxis im Rahmen des Vorgartenschutzes durch Attraktivierung der Spielplätze und Grünanlagen sowie des öffentlichen Strassenraumes und der öffentlichen Plätze
- Verkehrsentlastung, insbesondere in Gebieten mit hohem Wohnanteil
- Weiterführung der eingeleiteten Massnahmen zur Verkehrsberuhigung in den Wohnquartieren

- Massnahmen zur Reduktion der Fremd-parkierung, vor allem in Wohnquartieren in der Nähe des Stadt-zentrums und des Bahnhofes
- weitere Anstrengungen zur Erhaltung des Stadtbildes und historisch gewachsener Gebiete
- Ausbau des Freizeitangebotes in Kultur und Sport sowie Förderung von Begegnungsmöglichkeiten
- vermehrter präventiver Schutz der Bevölkerung.

Ferner wird die wichtige Aufgabe *Wirtschaft in unserer Stadt* behandelt. Als Aufgabe wird dargelegt, dass die starke wirtschaftliche Rezession die Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet verlangsamt hat. Die Realisierung des kantonalen Leitbildes, welches den Raum Olten als Wirtschafts- und Wachstumsregion bezeichnet, hat immerhin bewirkt, dass seit einiger Zeit auch von privater Seite grosse Anstrengungen zur Förderung und Ansiedlung zukunfts-trächtiger Betriebe laufen. So konnte dank Anstrengungen von privaten Kräften zusammen mit der Stadt der Dienstleistungs-betrieb Sega neu nach Olten gezogen werden. Bei allen Anstrengungen zu Förderungsmassnahmen sind aber auch die Umweltaspekte mitzuberechnen. Damit soll nicht eine Förderung um der Förderung willen,



sondern eine qualifizierte Weiterentwicklung angestrebt werden. Olten muss sich zweifellos auch wieder auf seinen eigentlichen Wirtschaftsur-sprung, den Eisenbahnknotenpunkt, zurückbesinnen. Die sich daraus ergebenden Chancen sind voll zu nutzen.

Aus diesem Grunde sind die von privater Seite angelaufenen Bestrebungen zur Errichtung eines Kongress-zentrums und die im Konzertsaal liegenden Möglichkeiten für einen neuen Aufschwung des Konferenz- und Tagungs-zentrums Olten voll zu nutzen. Wichtig erscheint auch eine Verdichtung des heute noch knapp vorhandenen Industriegebietes durch die Ansiedlung neuer technologischer Branchen gegenüber veralteten oder schlecht genutzten Betrieben. Aber auch für weniger qualifiziertes Personal sind Arbeitsplätze in Olten und der Region zu erhalten. Unbedingt anzustreben ist, dass weiterhin mit rund 1/4 der Steuererträge der Stadt von juristischen Personen gerechnet werden kann.

Als Lösungsmöglichkeiten hat der Stadtrat vorgesehen:

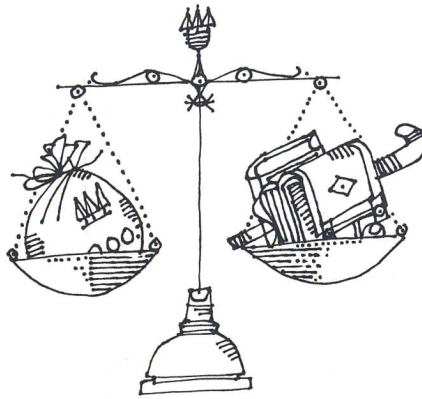
- Ein gesunder Finanzhaushalt der Stadt ist zur Erhaltung der Steuer-konkurrenzfähigkeit zu gewährleisten.
- Die gesamte Wirtschaftsförderung soll sich auf platzsparende und im-missionsarme Betriebe ausrichten.
- Mit der Wirtschaftsförderung sollen neue Arbeitsplätze geschaffen, gesichert und qualitativ gefördert werden, wobei Arbeitsplätze für weniger qualifizierte Arbeitskräfte zu erhalten sind.
- Es ist zu prüfen, inwieweit für die Wirtschaftsförderung Dritte beige-zogen werden können.
- Das gute Einvernehmen zwischen Bevölkerung, Industrie und Ge-werbe ist weiter zu fördern.
- Die Vorteile des Eisenbahnknoten-punktes Olten sind gezielt zu nutzen und alle damit verbundenen Ideen ernsthaft zu verfolgen.
- Der Tagungs- und Konferenzort Olten ist aufgrund der neu entstehenden Infrastruktur mit allen Mitteln zu fördern.
- Die administrativen Verfahren sind im Rahmen der gesetzlichen Mög-lichkeiten zu vereinfachen und zu straffen.
- Durch einen vernünftigen Strassen-bau ist die Innenstadt weitgehend vom Verkehr zu befreien und für die Einkäufer attraktiv zu gestalten.

- An zweckmässigen Stellen sind von den Hauptachsen möglichst gut erreichbare Parkierungsmöglichkeiten in Aussicht zu nehmen.
- Das Schaffen einer neuen Gewerbezone ist zu prüfen und die Möglichkeit der Durchmischung Wohnen/ Gewerbe in Aussicht zu nehmen.

Diese zwei herausgegriffenen Schwerpunkte mögen die Art der Darstellung der Aufgaben und Lösungsansätze illustrieren. Jedermann kann die gesamten Richtlinien auf der Stadtkanzlei für sich beziehen. Der Stadtrat hat sich in einem weiteren Teil über die Abhängigkeiten und Prioritäten auseinandergesetzt und festgestellt, dass es keine allgemein akzeptierten Beurteilungskriterien gibt, nach denen Hauptprobleme einer Stadt operational klar in Dringlichkeits- und Wichtigkeitsränge gesetzt werden können. Ebenso müssen alle Hauptprobleme einer Stadt in einem gegenseitigen Zusammenhang gesehen werden. Die vernetzten gegenseitigen Abhängigkeiten und Wirkungsweisen sowie die Zielkonflikte beim Angehen von Problemen können oft erst bei der Konkretisierung von Projekten und Lösungen in vollem Ausmass erkannt und entsprechend berücksichtigt werden.

Bei den Ansprüchen und deren Grenzen stellt der Stadtrat verschiedene Konfliktprobleme dar und weist auf mögliche Irrtümer hin, wenn man glaube, eine wohnliche Stadt oder der Schutz unserer Umwelt sei ohne jede spürbare individuelle Einschränkung zu erreichen oder in einem andern Fall Arbeitsplätze und Einkommen für alle könnten auch mit zunehmend beengenderen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft unserer Stadt erhalten bleiben. Ein weiterer Irrtum wäre die Annahme, mit dem Ausbau der städtischen Wohlfahrtseinrichtungen in den Bereichen Bildung, Kultur, Fürsorge, Vorsorge und Sicherheit könnte ohne entsprechend ansteigende öffentliche Einnahmen der städtische Finanzhaushalt im Gleichgewicht gehalten werden.

Auf die Grenzen einer theoretisch aufgebauten politischen Zielhierarchie tritt der Stadtrat zum Abschluss der

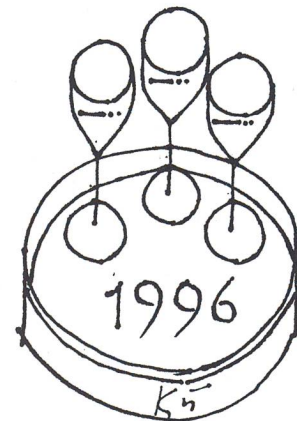


Richtlinien ein und hält fest, dass sich die Erkenntnis durchsetzte, dass im ökologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich, wo alles mit allem vernetzt betrachtet werden muss, die Ursachen und Wirkungsbeziehungen und damit die Zielharmonie und die Zielkonflikte nie abschliessend und eindeutig festgehalten werden können. Dies hat denn auch dazu geführt, neben den wichtigsten Hauptzielen der Stadt vor allem die Fragen nach den Hauptproblemen in den Vordergrund zu stellen, diese zu gewichten und entsprechend darauf abgestimmte Lösungsansätze zu formulieren. Mit diesem Vorgehen sind Leitlinien und Schwerpunkte beim Angehen von städtischen Hauptproblemen geschaffen. Die unvermeidlichen Zielkonflikte müssen bei der Konkretisierung der vorgesehenen Projekte über politische Auseinandersetzungen behutsam gelöst werden. Dazu ist selbstverständlich Ausdauer erforderlich, wird doch die Realisierungszeit für komplexe Projekte der öffentlichen Hand meist stark unterschätzt.

Zivilisatorische Erscheinungen einer Wohlstandsgesellschaft, die allerdings im Abklingen ist, wie zum Beispiel das Drogenproblem, lassen sich zum Teil wohl angehen, zusammen mit kantonalen Instanzen Verbesserungen erzielen, aber nur schwerlich lösen. So ist in vielen Fällen ein Zusammengehen von Elternhaus, Schule und Exekutive unumgänglich nötig. Leider wird es aber, wie bisherige Erfahrungen zeigen, sehr oft nur bei Teilerfolgen bleiben. All diese Erkenntnisse können aber nie davon entbinden, alles in den Möglichkeiten Stehende zu

tun. Dabei darf man sich aber keineswegs der Illusion hingeben, dass allein die Exekutive oder auch das Gemeindeparlament hier anstehende Probleme in den Griff bekommen könnte. Eigenverantwortung jedes einzelnen gehören, verbunden mit behördlichen Massnahmen, bei der Lösung solcher Probleme zwingend dazu.

Dies gibt einen kleinen Einblick in die mit viel Aufwand erarbeiteten Richtlinien des Stadtrates für die laufende Amtsperiode. Leider haben diese bei der Legislative oder auch bei der Bevölkerung relativ wenig Beachtung gefunden, wie dies bei allem Grundsätzlichen in unserem Lande mit der direktesten Demokratie gewöhnlich der Fall ist. Wir sind durch die Fallentscheide derart verbildet, dass wir grundsätzlichen Überlegungen wenig interessiert gegenüberstehen. Das Entscheiden im Detail nimmt uns derart in Anspruch, dass wir für die grossen Zusammenhänge oft wenig Interesse und Verständnis haben.



Richtlinien für die Gemeindepolitik sind aber nicht nur nach aussen wichtig, sondern auch für die grundsätzliche Haltung der Exekutive, die sich in Einzelproblemen wieder an den Gesamtvorschlägen orientieren kann. Der politische Alltag würde selbstverständlich erleichtert und die Zahl der parlamentarischen Vorstösse verringert, wenn sich auch Gemeindeparlament sowie Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Zeit zu Zeit an den Richtlinien orientieren würden. Dies sei vielleicht ein kleiner Neujahrswunsch für 1996.